

BERLINER RUNDSCHAU

KAMPF GEGEN CLAN-KRIMINALITÄT

POLIZEI

31320

BESCHLUSSFREUDIGE CDU BERLIN

EINLADUNG EBERHARD-DIEPGEN-PREIS

VOLKSINITIATIVE IM INTERVIEW

JETZT UNTERSTÜTZEN

NEUE WEGE
FÜR BERLIN e.V. 

Unterschriftenliste auf
Seite 13-14!

Das fragwürdige Wandgemälde des in Neukölln erschossenen kriminellen Clanmitglieds Nidal R. wurde auf Initiative des Stadtrats Falko Liecke übermalt.

Wussten Sie schon, dass ...

... in Berlin 16.416 Polizeibeamte ihren Dienst tun?

...der rot-rot-grüne Senat nicht allen Polizisten ausreichend Mittel für warme Winterjacken zur Verfügung stellt?

... im Görlitzer Park bis Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Zahl der schweren Körperverletzungen um 50 und die der Raubtaten um 30 Prozent gestiegen ist?

... bis August dieses Jahres bereits über 320 Autos in Berlin abgefackelt wurden?

... die Zahl der Drogentoten in Berlin im vergangenen Jahr um 14% auf 191 Personen gestiegen ist?

... die Deutschen das höchste Vertrauen mit 88 Prozent-Zustimmung in die Polizei haben?

... Berlin Spitze ist beim straffreien Eigenbedarf an Cannabis (15 g.) und Grüne sogar Freigrenzen für harte Drogen wollen?

... Berlin bei der Aufklärungsquote von Straftaten bundesweit auf dem letzten Platz liegt?

„Das bürgerliche Berlin muss zusammenstehen“

Liebe Leserinnen und Leser,

Rot-Rot-Grün droht, mit Mietendeckel und Enteignungen den Berliner Wohnungsmarkt in Trümmer zu legen. Die Soziale Marktwirtschaft, die Freiheit des Eigentums, der Ausgleich für die Schwachen, der Zusammenhalt über alle Schichten hinweg sollen ersetzt werden durch Klassenkampf, Planwirtschaft und staatliche Preisdiktate. Die unausgegorenen Pläne aus dem sozialistischen Giftschränk haben bereits jetzt verheerende Folgen: Investoren fliehen aus der Stadt, Baugenehmigungen brechen ein, Aufträge an Handwerker werden storniert, eine Mieterhöhungswelle schwappt über Berlin.

Es ist höchste Zeit, die Diskussion über hohe Wohnkosten vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wenn Jahr für Jahr rund 40.000 Menschen in

die Hauptstadt ziehen, demgegenüber aber nur 16.000 Wohnungen entstehen, braucht sich niemand über steigende Mieten zu wundern. Da hilft kein Mietendeckel, da hilft nur eine massive Ausweitung des Wohnungsangebotes. Wir wollen ein Bündnis für ein sozial und nachhaltig wachsendes Berlin.

Die Berliner CDU hat viele gute Vorschläge entwickelt. Dazu gehören ein Neubau-TÜV, eine Personaloffensive in den Bauämtern, die Entrümpelung der Landesbauordnung, die Nutzung der Berliner Baulandpotenziale und der Dachgeschossausbau. Auch an starke soziale Leitplanken haben wir gedacht. Mit dem Berliner Mietergeld wollen wir Normalverdiener gezielt unterstützen. Wir denken an die Leistungsträger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich keine Luxuswohnung

leisten können, aber auch keinen Anspruch auf Wohngeld oder eine Sozialwohnung haben. Rot-Rot-Grün will den Systemwechsel. Deshalb muss das bürgerliche Berlin jetzt zusammenstehen. Es geht um die Verteidigung der Sozialen Marktwirtschaft. Statt Sozialismusfantasien brauchen wir endlich wieder Vernunft und konstruktive Lösungen für mehr Wohnungsbau und für bezahlbare Mieten in Berlin.

Mit den besten Grüßen



Kai Wegner
Mitglied des Deutschen Bundestages – Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

In dieser Ausgabe ...

... erfahren Sie auf den Seiten 4 und 5 was die CDU gegen kriminelle Clans in Berlin unternimmt.



Außerdem lesen Sie auf den Seiten 6 und 7 über Beschlüsse und Ideen der Berliner Union, um das Leben in Berlin zu verbessern.



Eine Original-Unterschriftenliste zur Volksinitiative „Neue Wege für Berlin“ befindet sich nebst Interview auf den Seiten 12 bis 14.



Und schließlich finden Sie den rot-rot-grünen Mietendeckel auf der Seite 16 erklärt - oder besser demaskiert.



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des CDU-Generalsekretärs Stefan Evers. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter Aktuelles auf www.cdu.berlin

„Mietendeckel“-Debatte beim Forum Stadtentwicklung

Selten war unsere Landesgeschäftsstelle so überfüllt wie am vergangenen Dienstag: Das „Forum Stadtentwicklung und Wohnen“ der Berliner CDU hatte zur Debatte über den von Rot-Rot-Grün geplanten „Mietendeckel“ geladen, und über 200 Gäste waren vor Ort. Gemeinsam mit Dirk Lönnecker, Vorstand der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft 1892 eG, diskutierten unser Landesvorsitzender Kai Wegner leidenschaftlich über die gefährlichen Folgen des geplanten Gesetzes: Der Mietspiegel wird zerstört, faire Vermieter werden bestraft, Mietern droht die Schuldenfalle und der Wohnungsbau wird weiter gebremst. Viele gute Gründe, das Gesetz zu verhindern!



Zitat der Woche

„Berlin lässt die Umwelt im Regen stehen“

Mit diesem Slogan protestieren die Berliner Wohnungsgenossenschaften (!) auf Plakaten gegen die klimaschädliche Wirkung eines „Mietendeckels“!

„Parks gehören den Bürgern“

Der Drogenhandel in Berlin weitet sich aus. Seitdem die rot-rot-grüne Koalition regiert, verkommen unsere Grünanlagen und Bahnhöfe immer mehr zu Drogenhandelszonen. Der Görlitzer Park hat sich laut Spiegel zum größten Drogenumschlagplatz Europas entwickelt. Wiederholt hat sich Burkard Dregger ein Bild von der Lage gemacht, er war mit BSR und Polizei im Einsatz vor Ort.

Dregger erzählt: „So wurde ich umlagert von Dealern, kaum dass ich den Park betreten habe. Angeboten wurden mir neben Cannabis,

Heroin, Kokain auch ein großes Sortiment von ‚Pillen‘.

Friedliche Parkbesucher werden bedrängt. Auf den Spielplätzen finden sich gebrauchte Heroinspritzen, eine Gefahr für unsere spielenden Kinder.

Rot-Rot-Grün möchte den Drogenhandel weiter legalisieren und die Drogenhändler in den Görlitzer Park integrieren. Wir treten dieser dummen und unverantwortlichen Verharmlosung des Drogenhandels entgegen. Unsere Parks gehören den Bürgern, nicht den Verbrechern. Wir wollen daher zur Null-Toleranz-Strategie zurück. Nur in Berlin gibt es eine „Eigenbedarfsgrenze“ von 15 Gramm, so viel wie in keinem anderen Bundesland. 15 Gramm sind aber kein Eigenbedarf, sondern eine Händlermenge. Diese 15-Gramm-Grenze muss fallen, damit Polizei und Staatsanwaltschaft wieder wirksam eingreifen können!



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger macht sich ein Bild vor Ort.

Schützt unsere Kinder vor rot-rot-grüner Drogenpolitik



Die Nachricht schockiert: Ein vierjähriges Mädchen tritt auf einem Spielplatz in Kreuzberg in eine Heroinspritze. In vielen Bezirken gibt es Probleme mit Drogen, doch im grünregierten Friedrichshain-Kreuzberg ist die Lage besonders prekär. Rund 7.000 Heroinspritzen werden dort pro Jahr gefunden. Kai Wegner sagt der verfehlten Drogenpolitik der linken Parteien in Berlin den Kampf an.

„Drogensüchtige müssen von Spielplätzen und Parks ferngehalten werden. Grünanlagen sollen den Bürgern und ihren Kindern gehören, und nicht Kriminellen und Junkies.“ Gerade mit Blick auf den Görlitzer Park setzt Kai Wegner hinzu: „Wir wollen Dealer mit einer Null-Toleranz-Politik auf allen Ebenen bekämpfen.“ Die Berliner CDU hat zudem auf ihrer jüngsten Klausurtagung ein Konzept für mobile Konsumräume erarbeitet.

Wie sich ein gegen alle Widerstände beharrlicher Wille durchsetzen kann, hat Neuköllns stellvertretender Bezirksbürgermeister und CDU-Kreisvorsitzende Falko Liecke bewiesen. Nicht, dass er in seinem viele Jahre währenden Kampf gegen die Clankriminalität schon an sein Ziel



gelangt wäre, doch wichtige Schritte sind gegangen. Der erste bestand darin, dass es Falko Liecke gelungen war, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Denn das Verschweigen der Missstände, das Wegschauen der Behörden, die achselzuckende Gleichgültigkeit von nicht wenigen, war es, was den Boden für die Ausbreitung düngte.

Erst allmählich erkannte man, was für Falko Liecke

Liecke: „Der Kampf gegen die Clans hat erst richtig begonnen.“

schon immer klar war, dass nämlich der Kampf gegen die Clans nicht nur eine polizeiliche Herausforderung ist. Und hellsichtig schon damals seine Warnung: „Ein Staat, der diese Entwicklung schulterzuckend hinnimmt, es gar als kulturelle Bereicherung ansieht, braucht sich nicht zu wun-

mögliche Nachsicht walten lässt, solange die Täter einen Migrationshintergrund haben. Öffent-

Was ist Clankriminalität?

Indikatoren für Clankriminalität im Rahmen der Organisierten Kriminalität gemäß Bundeskriminalamt:

- Eine starke Ausrichtung auf die zumeist patriarchalisch-hierarchisch geprägte Familienstruktur
- Eine mangelnde Integrationsbereitschaft mit Aspekten einer räumlichen Konzentration
- Das Provozieren von Eskalation auch bei nichtigen Anlässen oder geringen Rechtsverstößen
- Die Ausnutzung gruppenimmanenter Mobilisierungs- und Bedrohungspotentiale

den, wenn diese Art von Toleranz immer weiter ausgenutzt wird.“

Mit Leidenschaft stemmte sich der Neuköllner gegen eine multikulturelle Toleranz, die größt-

lich prangerte Liecke an, wie die Möglichkeiten der religiösen Ehe genutzt werden, staatliche Leistungen zu erschleichen. Auch das wollten viele nicht hören. Doch auch hier gab ihm die Wirklichkeit recht.

den Jugendämtern, den Schulen, den Polizisten oder der Jugendgerichtshilfe. Ergänzt wurde das Modell durch das „Neuköllner Handlungskonzept“ – um straffällige Jugendliche möglichst früh zu erreichen.

So langsam begann man auch außerhalb Berlins, aufmerksam zu werden. Das lag an Falko Liecke, der stets klar gesprochen hatte, als andere noch verschwiegelt vor sich hinnuschelten, aber auch am Thema: Dass Clan-Kriminalität ein Problem ist, weiß man auch in Bremen, auch in Nordrhein-Westfalen. Der „Bundesfachausschuss Innere Sicherheit“ der CDU Deutschlands lud ihn, einen Kommunalpolitiker aus Überzeugung, ein. Ergebnis: Der Neuköllner Ansatz Lieckes wurde in allen wesentlichen Punkten angenommen. Natürlich ein Erfolg, aber nur ein erster Schritt. Keiner weiß das besser als Falko Liecke selbst: „Der Kampf gegen die Clans hat erst richtig begonnen.“

Spektakuläre Verbrechen in Berlin, die den Clans zugeordnet werden:

- 2010 ein Raubüberfall auf ein Pokerturnier im Hyatt-Hotel
- 2014 ein Raubüberfall auf die Schmuckabteilung im KaDeWe
- 2017 Diebstahl einer Goldmünze im Wert von 3,75 Millionen Euro aus dem Bode-Museum
- 2018 Raubüberfall mit Schusswechsel mit automatischen Sturmgewehren auf einen Geldtransporter in Berlin-Mitte
- 2019 Diebstahl eines Kunstwerks aus Gold aus der Grundschule am Fuchsberg



- Aus Überzeugung sozial:** Maßnahmenpaket für einen besseren sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt durch Förderung des Ehrenamtes, Bekämpfung der Obdachlosigkeit, Verhinderung von Armutsmigration, Eröffnung von Bildungschancen und Hilfe bei Vereinsamung.
- Zurück in die Verantwortung:** Aufbruch für Berlin mit einer bürgernahen, pragmatischen und ideologiefreien Politik, einer Stärkung des Rechtsstaats, einem Miteinander statt einem Gegeneinander sowie einer Förderung von Werten, Freiheit und Zusammenhalt.
- Der vom Berliner Senat geplante „Mietendeckel“ schadet der Stadt:** Ablehnung des vom rot-rot-grünen Senats geplanten Mietendeckels und Einleitung politischer und juristischer Schritte zur Verhinderung des Mietendeckelgesetzes.
- Ausweitung der Tarifzone AB im ÖPNV auf das nahe Brandenburger Umland:** Auch die ersten drei ÖPNV-Stationen im brandenburgischen Umland sollen künftig der Tarifzone AB unterliegen.
- Ausbau umweltgerechter Park-and-Ride-Voraussetzungen in den Berliner Außenbezirken:** Errichtung von Parkhäusern in den Berliner Außenbezirken, um den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern.
- Reform der Grundsteuer aufkommensneutral und sozialverträglich gestalten**
Ablehnung des mit kontinuierlichen Steuererhöhungen und unverhältnismäßigen Mehrbelastungen bestimmter Gruppen (z.B. Einfamilienhausbesitzer) einhergehenden Grundsteuermodells von SPD-Finanzminister Scholz.
- Stärkung der dualen Ausbildung:** Umfassendes Maßnahmenpaket zur Förderung der dualen Ausbildung.
- Berlins Digitalen Wandel im Bereich Kultur befördern: Vier Aktionsfelder:** Maßnahmen zur Ausgestaltung des digitalen Wandels im Bereich Kultur.

Nicht links, nicht rechts – sondern richtig oder falsch

„Es geht nicht um links oder rechts, sondern um richtig oder falsch. Mein Anspruch ist ein lebensnahes Angebot für die Menschen“, sagt der CDU Landes-



vorsitzende Kai Wegner wenige Tage nach der Klausurtagung des neuen Landesvorstandes im Interview bei Spiegel-Online. Der Tagungsort Hamburg war keinesfalls zufällig gewählt. Denn in der Hansestadt war es die CDU, die sich früh unter der Führung ihres damaligen Bürgermeisters Ole von Beust den Herausforde-

runge einer wachsenden Stadt stellte. Daher war es denn auch nur folgerichtig, dass der ehemalige Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, sich mit seinem Impulsreferat zum Thema „Politik für wachsende Metropolen“ einbrachte. Schon zur Begrüßung hatte der Landesvorsitzende Kai Wegner deutlich gemacht, dass diese Klausurtagung ein ganz wesentlicher Schritt sei, die Partei im Hinblick auf das Wahljahr thematisch weiterzuentwickeln. Denn gerade in einer Zeit, in der der rot-rot-grüne Senat die bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft über Bord werfe, sei es an der CDU Berlin, die „Stimme der marktwirtschaftlichen Vernunft und der

sozialen Verantwortung“ zu sein. Insgesamt wurden in Hamburg 16 Anträge zu allen Bereichen der Berliner Politik verabschiedet (siehe Randspalten). Breiten Raum nahmen naturgemäß die Beratungen über den Leit Antrag („Aus Überzeugung sozial“) ein. Ein anderer, ganz wesentlicher Aspekt, der durch die aktuelle Diskussion zusätzlich an Brisanz gewann, war die Beratung um den sogenannten Mietendeckel. Der Mieter, Vermieter und das Berliner Handwerk



verunsichernden Diskussion des Senats um Enteignungen stellt die CDU Berlin mit ihrem Zehn-Punkte-Programm konkrete Vorschläge für beschleunigtes Bauen in Berlin entgegen.



Viel zu tun in großen Städten

Angesichts der besonderen Herausforderungen für christdemokratische Politik in Deutschlands Metropolen hat sich auf Initiative der CDU-Landesverbände Berlin und Hamburg der „Großstadtdialog“ gegründet - ein Netzwerk der Unionsverbände der 15 größten Städte Deutschlands. Zu einer ersten „Großstadtkonferenz“ in Köln hatte der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak, eingeladen. Ausgerichtet wurde die Konferenz von der CDU Köln.



tischer Politik in den Bereichen Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz, sowie Sicherheitsfragen für unsere urbanen Zentren.“

Berlin, zu denen auch der Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger, der Generalsekretär Stefan Evers, die stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Manja Schreiner sowie die Mitgliederbeauftragte



Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Kai Wegner, erklärt: „Es muss der CDU ernst damit sein, sich mit ganzer Kraft urbanen Themen und Herausforderungen zu widmen. Es geht um die Weiterentwicklung christdemokra-

In fünf Diskussionsrunden debattierten die CDU-Vertreter der 15 größten deutschen Städte in Köln unter anderen Themen wie „Mobilität der Zukunft“, „Umwelt- und Klimaschutz als Chance“, sowie „Strategien für wachsende Städte“. Kai Wegner: „Die CDU hat mit dem ersten Großstadtdialog ihre urbane Offensive eingeläutet, mit der der Ideentransfer aus den Metropolen in die ganze Union hineingetragen wird. Dabei muss klar sein, dass die Themen der Metropolen auch Themen für ganz Deutschland sind.“ Die CDU-Vertreter aus



Tagungsort war „Der Gürzenich“, ein beliebter und traditionsreicher Kölner Veranstaltungsort

Dr. Ottilie Klein gehörten, sind sich sicher, dass mit dem neuen Selbstbewusstsein der Union aus den großen Städten erste Zeichen auf dem kommenden Bundestag gesetzt werden können.

5000 neue Wohnungen auf dem Tempelhofer Feld?

Anfang Oktober diskutierten Maren Kern vom Unternehmerverband BBU, Prof. Hilde Barz-Malfatti vom Werkbund Berlin und Tilmann Heuser vom BUND Berlin mit zahlreich Besuchern in der Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin über die Zukunft des Tempelhofer Feldes. Welche Bedeutung das Tempelhofer Feld für viele Berliner hat, wurde in der emotional geführten Debatte rasch deutlich. Unstrittig war zwar der Umstand, dass tausende Wohnungen in Berlin fehlen, ob diese jedoch am Tempelhofer Feld entstehen sollten, darüber wurde heftig debattiert. Während das Tempelhofer Feld von einem Teil der Gäste als langweilige und zugige Einöde bewertet wurde, feierten andere die Freifläche als weltweit einmalige urbane Attraktion. Auch die Podiumsgäste waren sich uneins. So sprach sich Herr Heuser mit Verweis auf die hohe Bevölkerungsdichte in den angrenzenden Stadtvierteln gegen eine Teilbebauung des Feldes aus, während Frau Kern den Mangel an Bauland in Berlin betonte. Einwendungen, die potentiellen Wohnungen in attraktiver Lage



am Rande des Feldes würden nur den „Reichen und Schönen“ zugute kommen, konterte sie mit dem Verweis, dass kommunale Baugesellschaften und Genossenschaften bereits früher preiswerten Wohnraum am Rande des Feldes errichten wollten.

Einzig klares Ergebnis der Debatte: Über die strittige Zukunft des Tempelhofer Feldes ist im Rahmen einer breiten gesellschaftlichen Debatte zu entscheiden, wobei im Hinblick auf eine hinreichende Akzeptanz bei der Bevölkerung die Entscheidung selbst in einer Volksbefragung erfolgen sollte.

- Mitmischen bei der digitalen Meinungsbildung: Social-Media-Kompetenz der CDU-Mitglieder stärken, Mobilisierungsfähigkeit ausbauen:** Vier-Punkte-Plan zur Stärkung der Mobilisierungsfähigkeit der CDU-Berlin im Internet.
- Spitzenförderung: Verstärkte Förderung besonders begabter Studierender:** Zehn-Punkte-Plan zur Spitzenförderung an den Berliner Hochschulen.
- Duales Studium weiter stärken:** Erhöhung der Zahl der Studienplätze im Dualen Studium und Einrichtung einer unterstützenden Koordinierungsstelle.
- Errichtung eines neuen, für Hertha BSC angemessenen Stadions:** Schaffung der Voraussetzungen für die Errichtung einer die Belange von Sportvereinen und bestehender Sportstätten berücksichtigenden eigenen Spielstätte
- Zehn-Punkte-Plan zur Beschleunigung des Wohnungsbaus in den Berliner Bezirken:** Mehr, schneller und günstiger bauen – Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Wohnungsmangel und hohen Mietpreisen.
- Berlinweites Grund- und Schichtenwassermanagement:** Erarbeitung und Initiierung öffentlicher Maßnahmen und Konzepte im Zusammenhang mit einem hohen Grundwasserstand und drückendem Schichtwasser.
- Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch u.a. attraktive Kinderbetreuung, Ganztagsschulangebote und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle stärken.
- Anerkennung der LSU als Vereinigung:** Statutenänderung der CDU Deutschlands zwecks Anerkennung der Lesben- und Schwulunion als Vereinigung innerhalb der CDU.
- Konsum illegaler Drogen im öffentlichen Raum: Maßnahmen für eine neue Suchthilfe in Berlin:** Erstellung eines berlinweiten Lagebildes zum Drogenkonsum, entschiedene Bekämpfung des Drogenhandels und Entwicklung einer effizienten Suchthilfe.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehrere Faktoren sind es, die die Herausforderungen für alle Beteiligten so schwierig machen. Zum einen wollen immer mehr Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen, weil – unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen – dies zusätzliche soziale Teilhabe ermöglicht. Zum anderen sind es aber oft genug wirtschaftliche Zwänge, die beide Elternteile dazu zwingen, einem Beruf nachzugehen – mit weitreichenden Folgen für die Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Hinzu kommt – gerade auch in einer Stadt wie Berlin – eine erhebliche Zahl alleinerziehender Mütter und Väter.

Die CDU Berlin hat auf der Klausurtagung des Landesvorstands weitreichende Beschlüsse gefasst, wie die Vereinbarkeit von



Familie und Beruf in wesentlichen Feldern erleichtert werden kann. Zum einen fordert die CDU Berlin einen Ausbau der Kitaplätze

für alle Kinder, einhergehend damit die bedarfsgerechte Einführung der 24-Stunden-Kita in jedem Bezirk, denn immer mehr

Alleinerziehende müssen auch in den Abend- oder Nachtstunden arbeiten. Des Weiteren setzt sich die CDU Berlin für die Wiedereinführung der Vorschule ein – mit dem Ziel, einerseits die

Eltern zeitlich zu entlasten und gleichzeitig die Kinder besser auf die Schule vorzubereiten. Ein weiterer Punkt ist eine Flexibilisie-

rungsoffensive: Berlin braucht flexible, kurzfristig verfügbare Betreuungsangebote für Notfälle durch die Förderung von privaten Betreuungsangeboten wie Tagesmütter, Patenschaftsdiensten oder „Leihgroßelterndienste“. Es ist das Ziel, solche Angebote in jedem Bezirk vorzuhalten.

Damit einher geht die Forderung nach einer deutlich verbesserten Personalausstattung der Schulen, um für alle Seiten verlässliche Schulzeiten zu garantieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung bei familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen. Dazu gehört u.a. Steuerfreiheit für Zuschläge beim Entgelt bei vorübergehender Verkürzung der Arbeitszeit wegen Erziehung oder Pflege von Angehörigen, eine Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs.

Sportplätze: Bund investiert, Berlin stagniert

Für den Bau und die Sanierung von Sportstätten wird der Bundestag die Mittel im kommenden Jahr nahezu verdoppeln. In diesem Jahr stehen 47 Mio. Euro im Titel für die Sportstättenförderung zur Verfügung. 2020 sollen es ganze 90 Mio.

Doch dort tut sich in Berlin seit Jahren nichts. Zuletzt wurde der Etat in der Amtszeit von Innenminister Frank Henkel (CDU) von neun auf 18 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Seitdem verharrt er auf diesem Niveau. So kann der Sanierungstau auf Berliner Sportanlagen nicht aufgeholt werden.

Sport hat bei SPD, Grünen und Linken keine hohe Priorität. Das zeigt auch der Umgang mit dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark im Prenzlauer Berg. Dort sollte bis 2023 ein neues Stadion für 30.000 Besucher gebaut werden. Die Eröffnung war zu den Special Olympics im Jahr 2023 geplant. Nach den aktuellen Plänen des Senats soll das Stadion nur noch 20.000 Plätze erhalten. Da der Baubeginn bereits mehrfach verschoben wurde, ist eine Fertigstellung vor den Special Olympics nicht mehr möglich. Unsportliches Foul gegen die Veranstalter und Teilnehmer!



Euro werden. Der Bund investiert kräftig in die Sportanlagen des Spitzensports, für die er zuständig ist. Die Bundesländer tragen die Verantwortung für den Bau und die Sanierung der Sportanlagen des Breitensports.

Zähne gezeit!

Ursula von der Leyens Kommission wird zentraler Machtfaktor sein, deshalb müssen die Europaabgeordneten sie akribisch prüfen. Von bella figura über Warteschleifen bis zum Eklat – in Zahlen: 26 Nominierte, 3 Stunden Kreuzverhöre, 7 Anhörungsta-



ge. Die Europaabgeordnete der CDU Berlin, Hildegard Bentele, entscheidet bei den Anhörungen mit, die ihre Ausschüsse betreffen, also Entwicklung, Umwelt sowie Industrie und Forschung. Es beginnt unspektakulär: Jutta Urpilainen, finnische Kandidatin für Internationale Partnerschaft, antwortet solide, bleibt nur in der

Migrationspolitik zu vage. Janez Lenarčič, slowenischer Kandidat für Krisenmanagement, überzeugt die Abgeordneten. Dann erste große Fragezeichen: Margrethe Vestager soll Europa als Vizepräsidentin für das digitale Zeitalter fit machen. Die Generaldirektion Digitales untersteht ihr aber nicht. „Ein Konstruktionsfehler“, stellt Bentele heraus. „Außerdem lässt sie eine erkennbar europäische Vision vermissen“, sagt sie. Dann die französische Kandidatin. Bentele: „Auch wenn Macron versucht, die Schuld auf von der Leyen zu schieben – Sylvie Goulard war sein Fehlgriff. Warum soll man in Europa ein Spitzenamt bekleiden, wenn man in Frankreich wegen Betrugsermittlungen zurücktreten muss?“ Es folgt die Ablehnung mit 82 zu 29 Stimmen. Bentele ist deutlich: „Das Parlament scheut keinen Konflikt!“



Kritik an Schuldenbremse nicht gerechtfertigt

„Ich kann mir nur so viel leisten, wie ich im Portemonnaie habe.“ Das bedeutet nicht automatisch den Verzicht auf Ferien, Autokauf oder Kinobesuch – auch wenn man sich bei manchem entscheiden muss, was im Augenblick am wichtigsten ist. Diese Ansicht, die

sich fast jeder Privathaushalt zu Eigen gemacht haben dürfte, haben auch Bund und Länder aufgegriffen. Nach mehrjähriger Übergangsregelung ist die Schuldenbremse für den Bund ab 2016 uneingeschränkt in Kraft; die Bundesländer folgen 2020.

Die Schuldenbremse ist in Artikel 115 des Grundgesetzes verankert. Einnahmen und Ausgaben des Bundes sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Dies wird erfüllt, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 % der Wirtschaftsleistung Deutschlands (Bruttoinlandsprodukt, BIP) nicht überschreiten. So hätte der Bund im Jahr 2018 bei einer Wirtschaftsleistung von 3,3 Billionen Euro Kredite von rund 11,4 Milliarden Euro aufnehmen dürfen. Die Einhaltung wird im Kontrollkonto überprüft.

Auf die Kritik, die Schuldenbremse beeinträchtigt öffentliche Investitionen in Deutschland reagiert Klaus-Dieter Gröhler, Mitglied des Haushaltsausschusses im Bundestag: „Dass sich Schuldenbremse und Investitionen nicht ausschließen – übrigens genauso wie 'zu Hause'

- zeigen allein die investiven Ausgaben im Bundeshaushalt: Über 159 Milliarden Euro stehen für die Jahre 2019 bis 2023 zur Verfügung. Für den gleichen Zeitraum davor waren es noch 40 Milliarden Euro weniger.“ Damit verweist der Wahlkreisabgeordnete aus Charlottenburg-Wilmersdorf auf die konstant hohe Investitionsquote, die sich kontinuierlich aufsteigend um 11% des Bundeshaushaltes bewegt. Eines der größten und bekanntesten Investitionsprogramme neben dem Straßenbau ist die „Sanierung kommunaler Einrichtungen“, mit dem fast 200 Projekte in ganz Deutschland gefördert werden. Alles das ist möglich – auch ohne Schulden.



Dem American Dream geht es gut – er lebt jetzt in China

Die Idee, dass es jeder mit der richtigen Idee und einem gehörigen Brocken Fleiß zu etwas bringen kann, hat die Vereinigten Staaten an die Spitze der Welt katapultiert, vorbei an den Mächten im alten Europa. Ob Amerika diese Position bewahren will, ist nicht mehr gewiss.

Auf der anderen Seite des Globusses hat sich China aufgemacht, mit einer neuen Version des amerikanischen Versprechens die Welt herauszufordern. Als wir im August mit einer Fraktionsdelegation 5 chinesische Städte in 5 Tagen

bereist und über ein Dutzend Tech-Unternehmen besucht haben, konnten wir das nur zu gut beobachten. Millionen Menschen sind aus der Armut gehoben worden, hypermoderne Städte und eine flächendeckende (digitale) Infrastruktur sind entstanden. Dabei unterscheidet sich China in zwei Dingen von Deutschland:

Erstens: Es hat eine glasklare Strategie mit hochambitionierten Zielen und tut alles, um diese zu erreichen. Zwar kontrolliert der Staat die Prozesse in

einem für uns Demokraten viel zu starken Maße, doch gleichermaßen verpflichtet sich die Bevölkerung dem Gesamterfolg des Landes und strebt auch individuell nach Vollendung der Ziele, was sich nicht zuletzt in einem hohen Arbeitscommitment zeigt.

Zweitens: In China herrscht eine gesunde Fehlerkultur. Wo wir Deutschen erstmal auf Nummer sicher gehen und warten ehenicht alle Zweifel ausgeräumt sind, die Chinesen nicht lang ein-zögerlich machen Sie machen fach.

Dieses Mindset macht die Chinesen agiler, innovativer und signifikant schneller. Das ist auch ein Grund, warum viele innovative Köpfe aus Deutschland heute in China zu finden sind.

Deutschland hat ein politisches System, das wir in China schmerzlich vermisten und wir sollten davor nie die Augen verschließen. Aber wir sollten auch beginnen, China endlich als Konkurrenten im Wettlauf um die Vorreiterrolle ernst zu nehmen und von ihren Stärken für unsere eigene politische Agenda lernen.

Die Deutsche Einheit – ein Symbol für Mut und Demokratie



Am 3. Oktober 1990 trat der Einigungsvertrag in Kraft, der den Grundstein legte für eine Erfolgsgeschichte, die wir am 3. Oktober mit einem Festakt, einem

Ökumenischen Gottesdienst und einem großen Bürgerfest in Kiel gewürdigt haben. Der Einigungsvertrag war zugleich der Abschluss der Friedlichen Revo-

ganzer Kraft, teilweise sogar unter Einsatz ihres Lebens, für das Ende der deutschen Teilung gekämpft. Wenn wir heute auf die vergangenen Jahre zurückblicken, dann

lution, die vor 30 Jahren in Polen und anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks ihren Anfang genommen hatte und von mutigen Menschen unseres Landes vollendet wurde. Diese Menschen erhoben sich gegen Unfreiheit und Unterdrückung und haben mit

stellen wir fest, dass die staatliche Einheit Deutschlands zwar vollendet ist, die Deutsche Einheit jedoch ein fortwährender Auftrag



Monika Grütters, MdB

ist. Deshalb müssen wir vor allem den nachfolgenden Generationen immer wieder aufs Neue die Unterschiede zwischen Freiheit und Unfreiheit, Recht und Unrecht, Teilung und Einheit vermitteln.

Die Wiedervereinigung unseres Landes ist ein Glücksfall unserer wechselhaften Geschichte, und es lohnt sich immer wieder, für die Einheit Deutschlands in einem geeinten Europa einzustehen.

Eigenes Fußball-Stadion für Hertha BSC

Hertha BSC ist ein Aushängeschild für Berlin und zugleich auch ein bedeutendes Wirtschaftsunternehmen. Die CDU steht an der Seite des Hauptstadt-Klubs und unterstützt sein Anliegen, eine neue, eigene und moderne Spielstätte in Berlin für den sportlichen Erfolg in der Bundesliga zu errichten.

Kürzlich ist Hertha BSC mit seinem Plan gescheitert, sechs Häuser der Bau- und Wohnungsgenossenschaft 1892 zu kaufen. Hertha wollte die Häuser nach dem Erwerb abreißen, um dann dort auf dem Olympiapark ein neues Stadion zu bauen. Die Genossenschaft hatte das Angebot einer Ersatzfläche mit dem Verweis auf ein fehlendes Baurecht abgelehnt. Der zuständige Innensenator Geisel (SPD) möchte Hertha im Olympiastadion halten, was aber wiederum der Verein ablehnt. Der rot-rot-grüne Senat hat Hertha BSC mit seinem Wunsch nach einem eigenen Fußball-Stadion viel zu lange hängen gelassen. Damit provoziert er eine Abwanderung des Klubs von der Sportmetropole Berlin in das Umland.

Der Landesvorstand der Berliner CDU fordert den Senat vor diesem Hintergrund mit allem Nachdruck auf, die Voraussetzungen für einen Verbleib von Hertha BSC in der Hauptstadt und für die

Errichtung einer eigenen Spielstätte durch den Verein zu schaffen. Hierzu gehört vor allem, geeignete Standorte für ein neues und eigenes Stadion gemeinsam mit Hertha BSC zu identifizieren und ernsthaft auf ihre Machbarkeit hin zu untersuchen. Gleichzeitig muss ein Konzept für die langfristige Nutzung des Olympiastadions als Leichtathletik-Stadion und Premium-Veranstaltungsstätte auf Dauer sichergestellt werden. Hieran sollte Hertha finanziell beteiligt werden.



EINLADUNG



Eberhard-Diepgen-Preis für sozialen Zusammenhalt

CDU Berlin verleiht erneut Eberhard-Diepgen-Preis

Am 19. November ist es wieder soweit: Die Berliner CDU verleiht erneut den Eberhard-Diepgen-Preis für sozialen Zusammenhalt. Nachdem im vergangenen Jahr mit

„Rabauke e. V.“ und dem ehrenamtlichen Besucherdienst der Berliner Malteser zwei Initiativen gewürdigt wurden, die sich für den Zusammenhalt der Generationen einsetzen, steht der Eberhard-Diepgen-Preis in diesem Jahr ganz im Zeichen des 30. Jubiläums des Mauerfalls.

Es sollen Vereine, Projekte oder Personen ausgezeichnet werden, die nach der Wiedervereinigung zum Zusammenwachsen Berlins beigetragen haben. Startschuss für die Bewerbungsphase war im September. Eberhard Diepgen war sowohl im geteilten als auch im wiedervereinigten Berlin Regierender Bürgermeister und hat nach dem Fall der Mauer entscheidend dazu beigetragen, dass Berlin wieder Hauptstadt des vereinten Deutschlands werden konnte.

Der Festakt findet statt am 19. November um 19.30 Uhr im großen Saal der Berliner Stadtmission, Lehrter Straße 68 in 10557 Berlin. Sie sind herzlich eingeladen.

Bitte melden Sie sich telefonisch unter (030) 32 69 04 0 oder mit einer Mail unter anmeldung@cdu.berlin an.

So geht's nicht, Frau Senatorin!

Deckel drauf und gut?

Mieten in Berlin sollen bezahlbar sein. Es ist auch vollkommen richtig, dass Berliner sich eine Wohnung leisten können, egal was sie verdienen. Das Dach über dem Kopf ist etwas, was uns Sicherheit gibt, es ist eine der Existenzgrundlagen. Politik muss dafür sorgen, dass Menschen sich keine Sorgen machen müssen, aufgrund von Wohnraumangel auf der Straße zu landen.

So weit, so gut! Was macht der Senat? Lässt seine Bausenatorin Ideen in einen Gesetzentwurf zum Mietendeckel schreiben, die unerfüllbare Erwartungen bei Mietern, einen Aufschrei bei Investoren, städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie selbst Genossenschaften und hektisches Durcheinander bei Rot-Rot-Grün produzierten. Die Bausenatorin, die schon scheitert, ausreichend preiswerten Wohnraum neu zu bauen,

will die Mieten einfach senken auf eine frei definierte Obergrenze, festgesetzt nach Baujahr. So kostet die Wohnung im Grunewald so viel wie in Neukölln. Was daran dann sozial ist, versteht niemand, allenfalls ist es sozialistisch. Grade wurde eine ähnliche Regelung vom Verwaltungsgericht bei der Zweckentfremdung gekippt. Gleiches droht hier auch. Dem Anstieg der Mieten nicht nur zuzuschauen ist richtig. Aber Lösung ist nicht eine rechtlich fragliche, willkürliche Deckelung. Wer Wohnungen will, muss bauen lassen. Und wer preiswerte Wohnungen will, muss selber bauen. Das sollte der Senat machen, aber keinen unausgegorenen Mietendeckel. So nicht!



Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat Arne Herz



Staffelübergabe in Lichtenberg: Der langjährige Bezirksstadtrat Wilfried Nünthel scheidet Anfang kommenden Jahres altersbedingt aus dem Amt. Nach Durchführung eines basisorientierten und transparenten Vorstellungsverfahrens wurde auf dem Kreisparteiabend der CDU Lichtenberg im September mit großer Mehrheit der 44-jährige Unternehmer Martin Schaefer als neuer Bezirksstadtrat nominiert.

Sollte man gesehen haben



Gute Wohnungspolitik erklärt in 60 Sekunden – von Burkard Dregger.



„Grundsätzlich CDU“ ist ein Debattenformat auf dem Weg zum neuen CDU Grundsatzprogramm.



Worte, denen Taten folgen. Erschreckende 50 AfD-O-Töne.



„Ein Anschlag auf den sozialen Frieden in Berlin“

Der Verein „Neue Wege für Berlin e.V.“ hat sich – wie der Internetauftritt betont – gegründet, „um die entscheidenden Zukunftsfragen der Stadt mitzudiskutieren“. Aktuell ist die Frage: Wie schaffen wir mehr und bezahlbaren Wohnraum in Berlin? Der Verein wurde ins Leben gerufen „von engagierten Berlinerinnen und Berlinern aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft“. Der Vorsitzende Heiko Kretschmer ist als Sozialdemokrat im Wirtschaftsforum der SPD engagiert und dort im Präsidium als Schatzmeister tätig. Der Berliner Rundschau gab er das folgende Interview:

nehmen. Und dagegen müssen auch die Bürgerinnen und Bürger aufstehen. Deshalb die Volksinitiative.

Worum geht es Ihnen genau?

Heiko Kretschmer: Wir wollen deutlich machen, dass wir mehr Wohnungen, vor allem bezahlbare, brauchen. Wenn Berlin eine wachsende Stadt bleibt, aber die Zahl der neuen Wohnungen auf Dauer zu gering bleibt, dann wird sich der Wohnungsmangel weiter verschärfen. Enteignungen schaffen keine Wohnungen und Mietendeckel auch nicht. Es hilft nur Neubau.

„Wir kämpfen für Neubau und faire Mieten. Helfen Sie uns dabei.“

Wohnungen auf Dauer zu gering bleibt, dann wird sich der Wohnungsmangel weiter verschärfen. Enteignungen schaffen keine Wohnungen und Mietendeckel auch nicht. Es hilft nur Neubau.

BR: Warum starten Sie gerade jetzt eine Volksinitiative und sammeln Unterschriften?

Aber wird nicht in Berlin sehr viel gebaut?

Heiko Kretschmer: Wohnungen in dem Preissegment, die wir brauchen, sicher nicht. Wir brauchen vor allem Wohnungen für Menschen, die nicht mehr als 7-9 Euro pro Quadratmeter bezahlen können und auch die müssen in Berlin eine Wohnung finden

Entlastung für Hauskäufer - künftig muss Maklerprovision geteilt werden

Käufer von selbstgenutzten Wohnungen und Einfamilienhäusern können sich auf eine Entlastung bei den Kaufnebenkosten freuen - maximal die Hälfte der Maklerkosten müssen sie künftig tragen. Das haben CDU/CSU und SPD im Koalitionsausschuss im August beschlossen, ein entsprechender Gesetzentwurf liegt bereits vor.

sich lange für diese Lösung stark gemacht: „Für viele Menschen



und insbesondere junge Familien sind die hohen Kaufnebenkosten eine große Hürde auf dem Weg in

können. Die Grundstückspreise sind gestiegen und die Baukos-



ten auch. Gleichzeitig fallen immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus. Andere Städte steuern hier deutlich entgegen und Berlins Bauverwaltung macht zu wenig.

Warum wollen Sie auch politisch heikle Flächen wie die Elisabethaue und das Tempelhofer Feld wieder auf den Prüfstand stellen.

Heiko Kretschmer: Weil wir ehrlich sein wollen: Berlin ist

von der Fläche achtmal so groß wie Paris, aber fast überall gibt es Widerstand, wenn eine freie Fläche bebaut werden soll. Das Verdrängen der Menschen ins Umland ist aber keine Lösung. Wir wollen doch gemeinsam Verkehr reduzieren und die Stadt nicht immerzu erweitern. Da brauchen wir eine kluge Abwägung zwischen Ökologie und Neubau, keine ideologischen Blockaden.

Der CDU Landesvorstand hat die Unterstützung ihrer Initiative beschlossen - kommen Sie gut voran?

Heiko Kretschmer: Kai Wegner, Stefan Evers, Burkard Dregger, aber auch Eberhard Diepgen und Barbara John gehörten zu den ersten Unterzeichnern, das freut uns wirklich sehr. Aber auch die mittelständische Bauwirtschaft und die Wohnungsbaugenossenschaften ziehen gut mit und reden auch mit ihren Mietern und Kunden – sowas wie ein Mietendeckel klingt für einige auf den ersten Blick vielleicht sozial.

Tatsächlich verhindert er Sanierung und Neubau. Und deshalb kämpfen wir für Neubau und faire Mieten. Unsere Bitte an die CDU-Mitglieder: helfen Sie uns dabei.

Neuregelung zu einer großen Entlastung. Man muss nur noch die Hälfte bezahlen.“ Luczak macht aber deutlich, dass wir dabei nicht stehenbleiben dürfen, sondern mehr Menschen den Erwerb von Eigentum ermöglichen müssen: „Aus meiner Sicht muss auch der zweite Kostentreiber runter: die Grunderwerbssteuer. Das würde Immobilienkäufer sofort und unmittelbar entlasten. Ich bin hier sehr für familienfreundliche Freibeträge. Leider blockiert die SPD das bislang und auch die Länder sperren sich. Wir als Union lassen aber nicht locker“, zeigt sich Rechtspolitiker Dr. Luczak entschlossen.

Bitte an der markierten Linie abtrennen. Mit möglichst vielen korrekt ausgefüllten Unterzeichnern (max. sechs) im Original senden an: Neue Wege für Berlin e.V., Geschäftsstelle, Berliner Freiheit 2 10785 Berlin.



Unterschriftenliste zur Volksinitiative für 100.000 neue, soziale und bezahlbare Wohnungen in Berlin

Trägerin: Neue Wege für Berlin e.V. Berliner Freiheit 2, 10785 Berlin.

► Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs für ein 100.000-Wohnungen-Programm

Das Abgeordnetenhaus von Berlin soll über folgenden Antrag beraten und beschließen:

- Der Neubau von mindestens 12.500 sozialen und bezahlbaren Wohnungen pro Jahr in Berlin ist zu fördern. In acht Jahren sollen so zusätzlich 100.000 Wohnungen zu Mieten von 6 bis 10 Euro Kaltmiete je qm entstehen. Enteignungen sind ein Irrweg. Sie erfordern hohe Entschädigungszahlungen und schaffen keinen Quadratmeter neuen Wohnraum. Auch der Mietendeckel hat keinen Neubau von Wohnungen zur Folge.
- Der Senat wird verpflichtet, eigene Grundstücke schnell, unbürokratisch und preiswert für den Wohnungsbau bereitzustellen. Andere Städte, wie z. B. Hamburg, praktizieren das bereits seit Jahrzehnten erfolgreich. Dies bremst die Preisentwicklung beim Bauland und sichert bezahlbares Wohnen in allen Teilen der Stadt.
- Freie Flächen im Landesbesitz sind für neue, ökologische Wohnquartiere zu nutzen. Dafür kommen insbesondere der Randbereich des Tempelhofer Feldes, die Elisabeth-Aue in Buchholz, die sogenannte Bürgerstadt Buch sowie die zahlreichen kleineren Flächen im Eigentum Berlins und der Berlin-eigenen Betriebe infrage.
- Der Senat übernimmt die fachliche Zuständigkeit und die politische Verantwortung für Aufstellung und Umsetzung dieses 100.000-Wohnungen-Programmes. Der Senat wird aufgefordert, bürokratische Hürden abzubauen. Wir fordern die sofortige Einrichtung einer Ombudsstelle, die auf Antrag von Bürgerinnen und Bürgern das Recht hat, Verzögerungen und Behinderungen bei Wohnungsbauprojekten zu untersuchen und darüber öffentlich zu berichten.

Unterstützungsunterschrift: Ich unterstütze die Volksinitiative. Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

Wichtiger Hinweis: Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterschrift mindestens 16 Jahre alt sind und an diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung im Melderegister verzeichnet sind. Fehlende, unvollständige, fehlerhafte, unleserliche oder nicht handschriftliche Angaben können die Unterschrift ungültig machen.

Nr.	Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum	Anschrift (im Melderegister verzeichnete alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschrift)	Datum	Unterschrift	gültig*	ungültig*
1							
2							
3							
4							
5							
6							

Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin Nr. ist nicht unterschriftsberechtigt, weil (Begründung in Kurzform).

Anteilige Bescheinigung: Bezirksamt von Berlin – Bezirkswahlamt – Dienststempel

Im Auftrag

* Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen!

Die CDU in den Berliner Bezirken

Pankow
Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)
Hönower Str. 67, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 54, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick
Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-tk.de

Kummernummer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus
Montags von 15:00 bis 17:00 Uhr, donnerstags von 09:00 bis 11:00 Uhr und freitags von 10:00 bis 12:00 Uhr unter der Telefonnummer (030) 2325-2837

Friedrichshain-Kreuzberg
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

Mitte
Triftstraße 41, 13353 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cduMitte.de
Internet: www.cduMitte.de

Spandau
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Steglitz-Zehlendorf
Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 8010 9410, Fax: 8010 94119
Email: kontakt@cduSZ.de
Internet: www.cduSZ.de

Neukölln
Britzer Damm 113, 12347 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Tempelhof-Schöneberg
Kolonnenstraße 4, 10827 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: info@cdu-ts.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Charlottenburg, Raum 229, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Reinickendorf
Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin, Tel.: 496 12 46
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16; REDAKTIONSLEITUNG: Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Oliver Cywinski, Ada Streb, Ralf Jaksch; SATZ/BILD: Stefan Liefänder; Druckerei Vettors; BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Büro F. Liecke; Seite 2: O. Cywinski; Seite 3: Yves Sucksdorff; Seite 4-5: Büro B. Dregger, iStock@skynesher, 2x Büro F. Liecke; Seite 6-7: 5x D. Reitze, O. Cywinski, iStock@nico_blue; Seite 8-9: iStock@Geber85, Büro H. Bentele, Pixabay, Büro K.-D. Gröhler, Büro T. Heilmann; Seite 10-11: Bundesarchiv, Christof Rieken, Hertha BSC, Büro A. Herz, Büro M. Schaefer; Seite 12: Heiko Kretschmer, privat, Büro J.-M- Luczak ; Seite 15: Grafik S. Liefänder mit googlemaps

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

Bitte an der markierten Linie abtrennen. Mit möglichst vielen korrekt ausgefüllten Unterzeichnern (max. sechs) im Original senden an: Neue Wege für Berlin e.V., Geschäftsstelle, Berliner Freiheit 2 10785 Berlin.

NEUE WEGE FÜR BERLIN e.V.

Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat für den Neubau von 100.000 sozialen und bezahlbaren Wohnungen.

JETZT unterschreiben.
Für 100.000 neue, soziale und bezahlbare Wohnungen!

Enteignung schafft keinen neuen Wohnraum, deshalb neue Wohnlösungen für Berlin.

Die zunehmenden Probleme auf dem Berliner Wohnungsmarkt werden für immer mehr Berlinerinnen und Berliner offensichtlich. Die Mieten steigen, die Stadt wächst rasant, der Wohnraum wächst aber nicht im gleichen Maße mit: ein Wohnungswechsel in Berlin wird deshalb immer schwieriger. Die diesbezügliche öffentliche Diskussion und Problematik ist wichtig und richtig. Der Berliner Senat muss dringend handeln. Jedoch verläuft die aktuelle Wohnungsmarktdiskussion momentan höchst zugespitzt und polarisierend. Aktuell werden auch die Enteignung großer Wohnungsgesellschaften und ein Mietendeckel diskutiert. Weder enteignen noch Mieten deckeln, lösen aber das Problem des insgesamt fehlenden Wohnraums. Es bedarf daher einer sachorientierten Debatte entlang konkreter Lösungsansätze.

Nur ein größeres Angebot an gefördertem Wohnraum stabilisiert und reduziert die Preise. Immer mehr Berlinerinnen und Berliner finden keine Wohnung mehr, das Wohnungsangebot ist nicht ausreichend. Um stabilere und günstigere Preise gewährleisten zu können, muss das Angebot an Wohnraum dem Bedarf angepasst werden. Hier besteht ein erhebliches Missverhältnis, dass durch Enteignungen nicht zu beheben ist. Schon heute fehlen mindestens 100.000 Wohnungen, bis 2030 wird es bei gleichbleibendem Wachstum sogar 250.000 Wohnungen zu wenig geben. Weil Angebot und Nachfrage massiv auseinandergehen, steigen die Mieten weiter, der Verdünnungswettbewerb spitzt sich zu. Der Berliner Senat muss demnach dafür Sorge tragen, dass das Wohnungsangebot durch gezielte Förderung deutlich vergrößert wird. Der Senat hat im August 2019 einen Wohnungsbauplan für Berlin vorgelegt („STEP Wohnen 2030“), dieser sieht einen Rückgang des Wohnungsbaus vor. Darum wollen wir dieses 100.000-Wohnungen-Programm zusätzlich zu diesen Aktivitäten.

Steuergelder für neue und bezahlbare, nicht für alte und überteuerte Wohnungen.

Die Kosten für Enteignungen lägen bei ca. 30 Mrd. Euro. Steuerfinanzierte Enteignungen lösen jedoch nicht das Problem des mangelnden Angebots, sie sind auch nicht nachhaltig und zugunsten einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt. Um der steigenden Nachfrage an Wohnraum gerecht zu werden, bedarf es einer Kombination aus geförderten und frei finanzierten Neubauten. Das heißt konkret, dass jährlich mindestens 12.500 bezahlbare Wohnungen und 7.500 frei finanzierte Wohnungen entstehen müssen. Mit dem jährlichen Neubau von mindestens 20.000 Wohnungen, kann man bis 2028 dafür sorgen, dass sich Angebot und Nachfrage wieder annähern.

Wohnungsbaue ermöglicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Berlinerinnen und Berliner.

Der Berliner Senat hat die Möglichkeit, gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen in den kommenden fünf Jahren ausreichend Wohnraum zu schaffen und damit allen Teilen der Gesellschaft den Zugang zu Berlin als Wohnort zu sichern. Dazu braucht es ein breites Bündnis aus städtischen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und privater Immobilienwirtschaft. Alle müssen an einem Strang ziehen. Sachorientierte Politik für die Mitte der Berliner Gesellschaft verlangt Investitionen in den Neubau von Wohnungen.

Bezahlbarer neuer Wohnraum folgt klaren politischen Forderungen:

- Der Neubau von mindestens 12.500 sozialen und bezahlbaren Wohnungen pro Jahr in Berlin ist zu fördern. In acht Jahren sollen so zusätzlich 100.000 Wohnungen zu Mieten von 6 bis 10 Euro Kaltmiete je qm entstehen. Enteignungen sind ein Irrweg. Sie erfordern hohe Entscheidungszahlungen und schaffen keinen Quadratmeter neuen Wohnraum. Auch der Mietendeckel hat keinen Neubau von Wohnungen zur Folge.
- Der Senat wird verpflichtet, eigene Grundstücke schnell, unbürokratisch und preiswert für den Wohnungsbau bereitzustellen. Andere Städte, wie z. B. Hamburg, praktizieren das bereits seit Jahrzehnten erfolgreich. Dies bremst die Preisentwicklung beim Bauland und sichert bezahlbares Wohnen in allen Teilen der Stadt.
- Freie Flächen im Landesbesitz sind für neue, ökologische Wohnquartiere zu nutzen. Dafür kommen insbesondere der Randbereich des Tempelhofer Feldes, die Elisabeth-Aue in Buchholz, die sogenannte Bürgerstadt Buch sowie die zahlreichen kleineren Flächen im Eigentum Berlins und der Berlin-eigenen Betriebe infrage.
- Der Senat übernimmt die fachliche Zuständigkeit und die politische Verantwortung für Aufstellung und Umsetzung dieses 100.000-Wohnungen-Programmes. Der Senat wird aufgefordert, bürokratische Hürden abzubauen. Wir fordern die sofortige Einrichtung einer Ombudsstelle, die auf Antrag von Bürgerinnen und Bürgern das Recht hat, Verzögerungen und Behinderungen bei Wohnungsbauprojekten zu untersuchen und darüber öffentlich zu berichten.

Alle ausgefüllten Unterschriftenlisten müssen an folgende Adresse versendet werden:

Neue Wege für Berlin e.V., Geschäftsstelle, Berliner Freiheit 2, 10785 Berlin

Spendenkonto:

IBAN: DE70100500000190849010
BIC: BELADEV3333

Kontakt

E-Mail: info@neue-wege-fuer-berlin.de
Web: www.neue-wege-fuer-berlin.de

„Mietendeckel“: unzulässig, ungeeignet und unsozial

Die Reaktion des CDU-Landesvorsitzenden Kai Wegner auf den von Rot-Rot-Grün beschlossenen sogenannten Mietendeckel ist deutlich: „Das ist ein Tiefschlag für das bezahlbare Wohnen und Bauen in Berlin. Der „Mietendeckel“ ist unzulässig, ungeeignet und unsozial. Er wird Rot-Rot-Grün um die Ohren fliegen.“ Um für die Mieter und Vermieter schnellstmöglich Rechtssicherheit herzustellen, wird gegen das Gesetz geklagt werden, sagt Wegner. Kai Wegner kritisiert zudem, das böse Spiel, dass Rot-Rot-Grün mit den Berlinerinnen und Berlinern treibt: „Der sogenannte Mietendeckel sorgt bei dem ein oder anderen für trügerische Hoffnung, wird aber viel Enttäuschung bringen. Wenn das Gericht die Verfassungswidrigkeit feststellt, kommt das böse Erwachen und den Mietern drohen hohe Nachzahlungen.“

„Mietendeckel“ ist Mietpreistreiber

Seit Ankündigung des Mietendeckels hat es **bereits Abertausende von Mieterhöhungen** gegeben. Es wird einen **Schwarzmarkt** geben, bei dem ein Küchenhocker zur wertvollen Einbauküche mit teurer Abstandszahlung wird. Das bundesweite Schutzrecht, wie der Mietspiegel, wird nicht mehr anwendbar sein. Nach dem Ende des Mietendeckels drohen massive Mieterhöhungen, schlimmstenfalls sogar Kündigungen. Schon jetzt drohen **rasante Erhöhungen** bei Wohnungen, die nicht unter den Deckel fallen (**ab Baujahr 2014**). Und: Noch **mehr Wohnungen werden verkauft** statt vermietet.

„Mietendeckel“ bremst den Wohnungsbau und bestraft die Falschen

Berlin wächst, weil es so attraktiv ist. Von 2012 bis 2017 sind rund 287.000 Menschen hinzugekommen, aber nur etwa 55.000 Wohnungen wurden gebaut. Unter Rot-Rot-Grün sind die **Baugenehmigen zurückgegangen** (minus 2,1 %). Die Betriebsratschefs von Gesobau, Gewobag, Stadt und Land sowie der WBM befürchten, dass der „dringend erforderliche Bau von bezahlbarem Wohnraum auf ein Minimum, wenn nicht sogar gen Null, schrumpft.“ Weniger Geld für Neubau, klimafreundliche oder sonstige Sanierungen heißen **weniger Aufträge und Arbeit für das Handwerk** (bis hin zu Entlassungen) und **weniger Klimaschutz**. Und: die kleinen Privatvermieter (1/4 aller Mietwohnungen in Berlin!) sehen ihre **Altersvorsorge gefährdet**.

Wohnungsbestände kaufen, als Alternative zum „Mietendeckel“, ändert nur den Briefkopf des Vermieters, schafft

CDU Landesverband Berlin, Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin

aber **keine einzige zusätzliche Wohnung** und senkt auch nicht die Mieten. Im Milliardenmaßstab wird **Geld unsinnig verbrannt**. Zuletzt jubelte der Senat, dass die landeseigene Gewobag 6.000 Wohnungen für 920 Millionen Euro kaufte, die fünf Jahre zuvor gerade mal 375 Millionen Euro gekostet hatten und überhaupt erst 2004 unter Rot-Rot verkauft wurden. Mehr als eine halbe Milliarde Gewinn für die ehemaligen Eigentümer, finanziert vom Berliner Steuerzahler. **Für das Geld hätte man über 5.000 neue Sozialwohnungen bauen können**.

„Mietendeckel“ legt Berlins Verwaltung lahm

Es wird ein **Bürokratiemonster** erschaffen. Die aktuellen Wartezeiten auf den Ämtern sind schon immens. Sanierungen finden nicht mehr statt, wenn die Berliner Ämter Mieterhöhungen nicht genehmigen können. Rechtsanwälte werden ihre Freude haben, die Berliner Ämter und Gerichte eher nicht.

„Mietendeckel“ verstößt gegen Verfassung

Der Bund hat die alleinige Zuständigkeit für das Mietrecht. Aktuell wurden mit dem Mieterschutzgesetz die Mietpreisbremse verschärft und Modernisierungsmieterhöhungen eingeschränkt. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, stellt fest: „Der Landesgesetzgeber von **Berlin verfügt nach dem Grundgesetz unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt über eine Gesetzgebungskompetenz** zur Einführung eines sogenannten Mietendeckels.“

